

Parlamentarischer Vorstoss

- ☐ Motion
☐ Postulat
☐ Interpellation mündlich
x Interpellation schriftlich (dringlich)

Eingereicht von René Neuweiler (SVP)

Beschluss Präsidium im Anschluss
zur Sitzung:
dringlich

Platzsekretär Stv.
Andy Neuweiler

Entwicklungsstillstand der Stadt St.Gallen verhindern – Warum nimmt der Stadtrat das Zepter nicht in die Hand?

Die Aussage von Stadtrat Markus Buschor im Tagblatt vom 13.3.2025 zur Entwicklung des Areal Güterbahnhof hat erstaunlicherweise kaum Wellen geschlagen. In dem genannten Artikel hiess es: «Zurzeit arbeitet die Stadt St.Gallen an der Gesamtrevision der Ortsplanung. Die Auflage ist gemäss Stadtrat Markus Buschor für Ende 2027 geplant. Läuft es nach der Auflage optimal, ist die neue Ortsplanung 2032 rechtskräftig. «Bevor es so weit ist, kann die bauliche Entwicklung des Areals Güterbahnhof - sie wird voraussichtlich einen Sondernutzungsplan bedingen - nicht in Angriff genommen werden», sagt er.»¹ Ich interpretiere das so, dass sämtliche baulichen Entwicklungen in der Stadt, welche einen Sondernutzungsplan bedingen, für die nächsten fünf, und wenn es nicht ideal läuft - wovon in unserer Stadt auszugehen ist - bis zehn Jahre blockiert sind! Das heisst komplexe Bauvorhaben wie Projekte mit erheblicher städtebaulicher Bedeutung oder grossflächige Entwicklungen, die detaillierte Regelungen erfordern oder Projekte, welche von den bestehenden Nutzungsplänen abweichen resp. spezifische Nutzungen bedingen, werden für mindestens fünf eher zehn Jahre nicht möglich sein. Für Vorhaben mit besonderen Nutzungen, wie beispielsweise grosse Gewerbe- oder Industrieanlagen, Einkaufszentren etc. kann ein Sondernutzungsplan spezifische Vorschriften festlegen. Laut Antwort auf meine Nachfrage beim zuständigen Stadtrat sei es so, dass altrechtliche Teilzonennpläne und Sondernutzungspläne spätestens bis zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage der Ortsplanungsrevision [OPR] vom Amt für Raumentwicklung und Geoinformation [AREG] genehmigt sein sollen. Neurechtliche Sondernutzungsplanungen sollen dann frühesten zum Zeitpunkt der Auflage der OPR aufgelegt werden. Bis zu dessen Genehmigung können Jahre vergehen aufgrund der Abhängigkeiten mit der Inkraftsetzung der OPR, was faktisch einem städtebaulichen Stillstand gleichkommt. Schuld an dieser Misere soll der Kantonsrat als Gesetzgeber sein, der es bei der Revision des Planungs- und Baugesetz [sGS 731.1; PBG] beim intertemporalen Recht unterlassen habe eine Übergangsbestimmung zu schaffen, welche einen Stillstand verhindert.

¹ Zuletzt gefunden am 26.3.2025 unter <https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtplanung-areal-queterbahnhof-eigentliche-entwicklung-beginnt-erst-2032-ld.2746022> .

Stimmt die stadträtliche Interpretation der Rechts- und Sachlage, dann wären sämtliche Projekte, welche über die Regelbauweise hinausgehen, für fünf bis zehn Jahre nicht möglich. Das heisst, die Stadtentwicklung wäre zum Stillstand verdonnert; visionäre Projekte unmöglich. Wenn das tatsächlich so wäre, dann wundert es mich, dass kein Aufschrei durch alle Fraktionen geht und noch mehr wundert es mich, dass der Stadtrat in diesem Fall von sich aus nichts unternimmt und diesen Zustand einfach hinnimmt. Das wäre doch nun genau eine Situation, in der der Stadtrat das Zepter in die Hand nehmen und führen müsste. Er muss endlich beginnen zu handeln und die Möglichkeit aufrecht zu erhalten, die Stadt zu entwickeln, anstatt sie nur zu verwalten resp. Schulterzuckend zu akzeptieren, dass die Juristen des Kantons die visionäre Stadtentwicklung für fast eine Dekade stilllegen wollen. Er muss alles daransetzen, damit Visionen in dieser Stadt auch umgesetzt werden können und nicht durch den Amtsschimmel von Formalisten, Bürokraten und Dogmatikern zur Bedeutungslosigkeit verdammt wird. Momentan macht der Stadtrat eher den Eindruck, dass er nur lamentiert, anstatt zu handeln. Einige unserer Stadträte sind zugleich Vertreterinnen und Vertreter der Stadt im Kantonsrat. Wenn es tatsächlich ein legislatives Problem auf Stufe Kanton sein sollte, frage ich mich, weshalb die stadträtlichen Kantonsräte bei der Gesetzgebung nicht aktiv wurden oder weshalb sie zumindest nicht jetzt aktiv werden, nachdem sich das Ausmass des Problems zeigt.

Meines Erachtens kann über sämtliche Fraktionen des Kantonsrats hinweg (und sicher auch der Fraktionen des Stadtparlaments) niemand ernsthaft wollen, dass die Stadt St.Gallen (und auch andere Gemeinden im Kanton, welche ja von der Revision des PBG ebenfalls betroffen sind), zum städtebaulichen Stillstand verdammt werden und sich der Kanton St.Gallen damit im Wettbewerb mit anderen Kantonen für bis zu zehn Jahre selber aus dem Rennen nimmt, nur weil ein paar Juristen meinen, die Gesetzesdogmatik sei wichtiger, als die Weiterentwicklung der Stadt und des Kantons. Ich bin der Meinung, dass dies nicht der Wille des Gesetzgebers ist und man über die Fraktionen hinweg eine Mehrheit finden wird. Denn dies ist m.E. keine politische Frage, sondern eine Frage des Wollens.

1. Ich möchte deshalb den Stadtrat bitten, den Sachverhalt und Rechtslage dieser Thematik genau darzulegen. Er soll aufzeigen, was genau das Problem ist und weshalb der Stadtrat meint, dass bauliche Entwicklungen, welche eine Sondernutzungsplanung bedingen, erst in den 30er Jahren dieses Jahrtausends in Angriff genommen werden können.

Sollte der Stadtrat in dieser Analyse zum Entschluss kommen, dass er weiterhin der Meinung ist, dass es rechtlich tatsächlich aufgrund des ungenügenden Übergangsrechts im PBG eine Sondernutzungsplanung in der Stadt für Jahre nicht möglich ist oder schwierig sein soll, dann möchte ich auch um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

2. Ist von diesem Problem nur die Sondernutzungsplanung betroffen oder besteht ein grundsätzliches Problem?

3. Ist es für den Stadtrat vertretbar, dass in den nächsten sieben bis zehn Jahren keine komplexen, innovativen Projekte in der Stadt St.Gallen umgesetzt werden können?
4. Wäre es nicht angebracht, wenn der Stadtrat das Zepter in die Hand nimmt und die Initiative ergreift, um den Kontakt zu den städtischen Kantonsrätinnen und Kantonsräten sowie Kantonsrätinnen und Kantonsräten anderer Gemeinden zu suchen, welche ebenfalls betroffen sind, um gemeinsam im Kantonsrat in der nächsten Session eine (dringliche) Motion einzureichen, um so rasch wie möglich eine Übergangsbestimmung im PBG zu schaffen, damit ein zehn Jahre andauernder städtebaulicher Stillstand verhindert werden kann? Z.B. könnte ein solch nachträglich erlassenes Übergangsrecht vorsehen, dass altrechtliche Teilzonenpläne und Sondernutzungspläne nicht bis zur Auflage der ORP genehmigt sein müssen, sondern bis zur Inkraftsetzung der ORP. Damit hätte man Rechtssicherheit und ein Stillstand wäre trotzdem verhindert.
5. Falls der Stadtrat diese Initiative nicht ergreifen möchte oder die Motion unvorstellbarerweise im Kantonsrat nicht überwiesen wird, stellt sich die Frage, ob der Stadtrat die Möglichkeit eines pragmatischen «Workarounds» sieht, um den drohenden städtebaulichen Stillstand zu verhindern oder ob der Stadtrat einfach diese fünf bis zehn Jahre Stillstand schulterzuckend akzeptieren und aussitzen möchte?
6. Wie will der Stadtrat unter diesen Voraussetzungen die Stadt in den nächsten 10 Jahre entwickeln und mit welcher Strategie will der Stadtrat die Attraktivität der Stadt für Investoren und Arbeitgeber aufrechterhalten oder sogar verbessern? Wie will er unter diesen Bedingungen verhindern, dass die Stadt St.Gallen den Anschluss an den Rest der Schweiz nicht verliert und verhindern, dass nicht weitere wichtige Unternehmen abwandern?

Antrag an das Präsidium: Ich beantrage diesen Vorstoss als dringlich zu behandeln, da die Zeit knapp ist. Der Kantonsrat muss im PBG einen Nachtrag zum intertemporalen Recht vornehmen, der dann wieder dem Referendum untersteht. Da dieser Nachtrag 2027 in Kraft sein muss, muss dieses Thema nun rasch an die Hand genommen werden.

29.04.2025

Datum



Unterschrift

Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Akeret Alexandra	SP		Kühne Werner	FDP	
Angehrn Patrik	die Mitte	<i>P. Angehrn</i>	Kuratli Donat	SVP	<i>Donat Kuratli</i>
Arpagaus Hans Peter	die Mitte	<i>H. Arpagaus</i>	Liechti Ivo	die Mitte	<i>I. Liechti</i>
Balok Chompel	SP	<i>C. Balok</i>	Mauchle Arnold	Grüne	<i>A. Mauchle</i>
Bänziger Noemi	GLP		Meyer Veronika R.	Grüne	
Baur Marcel	GLP	<i>M. Baur</i>	Neuweiler René	SVP	<i>R. Neuweiler</i>
Bechtiger Roger M.	die Mitte	<i>R. Bechtiger</i>	Olibet Peter	SP	<i>P. Olibet</i>
Bertoldo Daniel	EVP		Pinto Cardoso Tatiana	SP	
Brunner Jürg	SVP		Rickli Matthias	SP	<i>M. Rickli</i>
Calzavara Andrea	SP	<i>A. Calzavara</i>	Ronzani Manuela	SVP	<i>M. Ronzani</i>
Casaulta Marius	die Mitte	<i>M. Casaulta</i>	Rotach Marcel	FDP	
Crottogini Eva	SP		Rütsche Beat	die Mitte	<i>B. Rütsche</i>
Diem Melanie	GLP	<i>M. Diem</i>	Saxer Corina	FDP	
Dudli Andreas	FDP	<i>A. Dudli</i>	Schimke Karl	FDP	
Eberhard Gabriela	SP		Schmid Angelica	SP	<i>A. Schmid</i>
Eichmann Robin	JUSO		Schmid Rebekka	Grüne	
Eisenring Sinah	J Grüne		Schönbächler Philipp	GLP	
Federer Cornelia	Grüne		Schürch Marlène	SP	
Gasser-Beck Jacqueline	GLP		Städler Michael	SP	<i>M. Städler</i>
Giger Thomas	SVP	<i>T. Giger</i>	Stähelin Louis	die Mitte	<i>L. Stähelin</i>
Giger Timothy	SVP	<i>T. Giger</i>	Stauffacher Marc	die Mitte	<i>M. Stauffacher</i>
Granitzer Esther	SVP		Sutter Flavia	FDP	
Hautle-Angst Rahel	GLP	<i>R. Hautle-Angst</i>	Thurairajah Jeyakumar	Grüne	
Heeb Jenny	SP	<i>J. Heeb</i>	Vosseler David	SVP	<i>D. Vosseler</i>
Hornstein Andrea	PFG		Wäspe Remo	SVP	<i>R. Wäspe</i>
Huber Christian	Grüne	<i>C. Huber</i>	Weibel Lara	SP	
Hufenus Gallus	SP		Wenger Lydia	SP	<i>L. Wenger</i>
Jud David	GLP	<i>D. Jud</i>	Wick Oliver	JF	<i>O. Wick</i>
Keller Felix	FDP		Winter-Dubs Karin	SVP	<i>K. Winter-Dubs</i>
Keller Stefan	FDP	<i>S. Keller</i>	Ziegler Antje	die Mitte	
Kobel Christoph	SP	<i>C. Kobel</i>			
Kobler Liliane	FDP				
Königer Doris	SP	<i>D. Königer</i>			